

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumhoff, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Bannisch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 1111. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreis: pro Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3.75 RM., monatlich 1.25 RM. Wenn Abholer vom Verlag und den Ausgabestellen Vierteljährlich 3.45 RM., monatlich 1.15 RM. Bei den Postämtern Viertelj. 3.75 RM., monatlich 1.25 RM. ohne Bestellgeb. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7gehaltene Kolonnenzeile 25 Pf., Anzeigen von außerhalb 35 Pf., im Restamtteil Zeile 1.05 RM. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5266 Berlin.

Nr. 156.

Magdeburg, Sonnabend den 6. Juli 1918.

29. Jahrgang.

In siebzig Minuten.

70 Minuten hat der feierliche Akt gedauert, den man die fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlage nennt. 12 Uhr 20 hatte es begonnen, 1 Uhr 30 war alles zu Ende, und die Sache wäre noch viel rascher gegangen, wenn nicht die Redner der beiden sozialdemokratischen Fraktionen die letzte Gelegenheit wahrgenommen hätten, ihren enttäuschten Protest gegen diese nunmehr — bis auf weiteres — „endgültigen Beschlüsse“ des Dreiklassenhauses in die Welt zu senden. Die Rechte ließ in dem Gefühl ihrer augenblicklichen Macht die Linke ihre Monologe halten, sie selbst schweigend stimmte und — lachte! Die Herren waren der Freude voll über ihren gelungenen Streich.

Als das gleiche Wahlrecht abgelehnt war und die drei Gesetzentwürfe zur weiteren Verhandlung der preussischen Verfassung angenommen waren, ertönte von den Bänken der Linken der Ruf „Und die Regierung?“ Aus derselben Richtung kam die Antwort „Die Regierung schweigt!“ Unendliche Geister auf der Rechten! Auf der Ministerbank saßen der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg und der Finanzminister Hertig.

Die Rolle, die die königliche Staatsregierung bei diesem schlimmen Handel spielt, ist durch dies kleine Bildchen gekennzeichnet. Vom

Gelächter der siegreichen Wahlrechtsfeinde
überherrscht, nehmen die Herren einstweilen Abschied von der bisherigen Stätte ihres schmerzlichen Kampfes, um ihn auf andern, nicht günstigerem Gelände, im Herrenhaus weiter fortzuführen. Nur Kinder können glauben, der Regierung würde im Herrenhaus der Erfolg eschieden sein, der ihr im Abgeordnetenhaus verpflegt geliebt ist. Wäre es überhaupt denkbar, daß sich das Herrenhaus für ein gleiches Wahlrecht entscheidet, so müßte man nur fragen, welche reaktionäre Teufelei damit verbunden ist.

Denkbar wäre es ja, daß das Herrenhaus das gleiche Wahlrecht in der Erkenntnis, daß es doch nicht aufzuhalten sei, bewilligte, aber welchen Preis an reaktionären Kompensationen es dafür verlangen würde, kann sich die Phantasie kaum ausmalen. Es ist also schon besser, wenn das Herrenhaus entweder den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses beitrifft oder sie sogar in seinem Sinne noch verbößert. Damit wäre wenigstens eine klare Lage geschaffen.

Wäre die Sache nicht so verflucht ernst, so hätte das Verhalten der Regierung sogar seine

humoristischen Reize.

Daß es einigen ihrer Mitglieder, Bayer, Dr. Drews und vielleicht auch Dr. Friedberg, um die Auflösung des Hauses Ernst gewesen ist, unterliegt gar keinem Zweifel. Dann aber kam die große Wendung durch das höhere Schicksal, das sich zugunsten der Wahlrechtsgegner entschied und die Auflösung des Abgeordnetenhauses verbot. „Man muß sich verständigen“, sagte Bayer, der gute, in der Reichstagsdebatte vom Mittwoch, und man verständigte sich nach der Regel: Wenn beide gleicher Meinung sind, geschieht was beide wollen, wenn beide verschiedener Meinung sind, geschieht wie befohlen wird. Bayer hat in frühern Tagen gesagt, wenn das Abgeordnetenhaus nach Ablehnung des gleichen Wahlrechts nicht aufgelöst würde, werde er gehen.

Während die Wahlrechtsminister aus dem Abgeordnetenhaus ausziehen wie die begossenen Hunde, gibt es gewiß doch einen, der dieser Entwicklung der Dinge kühl bis ans Herz hinan gegenübersteht, und dieser eine ist der preussische Minister-

präsident und Reichskanzler Graf Hertling. Gewiß ist es ihm ein lohnendes Ziel des Ehrgeizes, die Wahlreform in irgendeiner der Wahlrechtsbotschaft einigermassen entsprechenden Form zur Durchführung zu bringen. Man möchte ja doch gern ein erfolgreicher Staatsmann sein und für seine oft gerühmte taktische Geschicklichkeit ein beweiskräftiges Zeugnis erbringen. Aber mit Ueberzeugung und Einsicht in die ungeheure politische Bedeutung des ganzen Vorgangs hat ein solches Streben nicht das geringste getun. Graf Hertling wird sich zu trösten wissen, wenn Preußen das gleiche Recht nicht bekommt, für ihn und die ihm Gleichgesinnten wird dann in Preußen immer noch gangbar zu leben sein.

Das Ziel des leitenden Staatsmanns ist nur, die ganze leidige Sache durch irgendwelche

taktischen Kunstgriffe

zu Ende zu bringen. Zu diesen Kunstgriffen kann auch die Verschleppung gehören. Die Wahlrechtsbotschaft weist die Regierung an, die Wahlreform so rechtzeitig durchzuführen, daß sie bei den ersten Wahlen nach dem Kriege in Wirksamkeit treten soll. Da die Regierung nun selber offen erklärt, der Krieg könne noch Jahre dauern, hätte es mit der Durchführung der Wahlreform gar keine Eile. Die Regierung mußte gerade dann, als sie dem Volk die moralische Kraft zu geben, das Sämerei, das noch vor ihm steht, zu ertragen. Aber die Regierung hat für solche Zusammenhänge kein Verständnis, und die erschütternd aufrichtige Warnung Gues wird ungehört verhallen.

Der Staat der Junker.

Der baltische Adel agitiert für den geeinten „Baltland-Staat“ in Personalunion mit der Krone Preußens. Es wird behauptet, Estland, Livland und Kurland seien historisch wie auch ökonomisch zu einer unzertrennbaren Einheit verschmolzen. In einer von estnisch-demokratischer Seite ausgehenden Zuschrift an die „Internationale Korrespondenz“ wird nun daran erinnert, daß derselbe baltische Adel sich sonst nicht für eine Einigung der Provinzen erwärmt hat. Die drei Ritterschaften der Provinzen gingen gerne ihre eignen Wege, selbst der Adel der Insel Döbel hatte seine Konstitution noch als vierte für sich. Nur wenn es hieß, die gleichen Interessen des Adels zu vertreten, gingen alle gemeinsam vor. So z. B. bei der Forderung der

300 Millionen - Entschädigung

für das „Recht“ des Branntweinmonopols, als der russische Staat das Branntweinmonopol einführt. Diese 10 Millionen Rubel, die der Zar den Steuergrößen des Volkes entnahm, holte man sich gemeinsam. Es wäre natürlich und vernunftgemäß, auch sehr nützlich gewesen, die drei Provinzen als zwei Verwaltungsbezirke zu organisieren, nämlich als Estland und Lettland, wie das nach der Revolution wirklich geschah. Die estnisch-lettische Sprachgrenze durch Mittel-Livland teilt das Gebiet in zwei, nationaleinander völlig fremde Hälften. Als die Esten und Letten diesen natürlichen Wunsch bei der zarischen Regierung anregten, war der Adel aller Gebiete dagegen und denunzierte diese Wünsche als revolutionäre Umsturzbestrebungen der Nationalen. Die zaristische Regierung stand natürlich zu dem Adel und es wurde — „historisch“ weiter getrieben.

Jetzt sieht der baltische Adel die staatliche Vereinigung Estlands und Lettlands natürlich als eine Notwendigkeit an und redet sogar von einer „Verschönerung“ der Esten und Letten unter der weisen Leitung des Adels, obgleich es sich bei den Esten und Letten weniger um eine politische oder nationale Vereinigung handelt, als um sprachliche Schwierigkeiten, die aber in einem gemeinsamen Staat, wo doch die Völker gleichberechtigt sein müssen, zu unerschwing-

lichen Zuständen führen müßte, wie das z. B. der Fall ist in manchen österreichischen Kronländern mit mehrsprachiger Bevölkerung. In Oesterreich mag eine sonst notwendige Trennung schwer sein, weil die Bezirke eine gemischte Bevölkerung haben, im Baltikum sind aber die Esten und die Letten durch eine scharfe ethnographische Linie getrennt und ihre künstliche und gewaltsame Zusammenfassung wäre eine Absurdität.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht bestehen keine unzertrennbaren Bande, die Lettland und Estland zusammenhielten. Es kann vielmehr von einer gewissen Gegensätzlichkeit gesprochen werden, der die Handelskonkurrenz in Rußland zugrunde liegt. Dieser Grund läßt auf die innern

Motive der Rigauer Herren

bliden, die ohne Angliederung Estlands nicht leben zu können behaupten. Estland bildet für Riga weder ein Absatz- noch ein Zufuhrgebiet; man fürchtet aber, daß ein Deutschland nicht angegliedertes Estland den Handelsweg Riga's, wenn Riga mit der Preußentrone verknüpft wird, nach Rußland erschweren könnte. Es ist das russische Gold, das die Rigaischen Handelsherren zu verlieren fürchten, wenn Estland nicht zur Union gehört. Riga und Reval standen einander immer als Nebenbuhler im Wege, wenn es sich darum handelte, neue Verkehrswege aus dem Innern Rußlands zur Ostsee zu leiten. Und da die Börsenleute von Riga denen von Reval finanziell überlegen waren, konnten sie Reval leicht in Schach halten. Diese Möglichkeit möchten die Rigaischen Herren nicht verlieren.

Spricht man aber davon, daß nur ein geeintes Baltikum seine Selbständigkeit verteidigen könne, so ist das nur eine Phrase. Auch das geeinte „Baltikum“ würde mit seiner Bevölkerung von 3-4 Millionen zwischen den beiden großen Nationalstaaten mit Hundertmillionen-Bevölkerungen als Splinterstaat dastehen und nur dann seine Selbständigkeit behaupten können, wenn es sich den Militarismus vom Galle zu halten vermag.

Die Interessen des Adels treffen sich mit diesen Zielen insofern, als ihm dieser Weg probat zu sein scheint, um seine reaktionäre Stellung zu festigen und seine

auf mittelalterlichen Privilegien beruhende Macht zu behaupten. Der Adel Estlands oder Lettlands allein, ohne den Schutz der Krone Preußens kann sich unmöglich der Hoffnung hingeben, im zwanzigsten Jahrhundert noch die herrschende Macht bleiben zu können. So aber glauben die Junker das Spiel nochmals gewonnen zu haben.

Für eine Angliederung an Deutschland sind sie nicht zu haben. Die politische Entwicklung Deutschlands, das allgemeine Wahlrecht mit dem Reichstag, die bürgerlichen Freiheiten, die Pressefreiheit, Redefreiheit, — bis zur Kritik der Kirche — der Kampf der Parteien, die starke Sozialdemokratie, die Koalitionsfreiheit, der Klassenkampf usw. — das alles sagt ihnen durchaus nicht zu und den „Baltland“-Staat denken sie sich natürlich ohne diese Uebel. Sollten sie sich Deutschland angliedern, da würden sich sofort die Esten und Letten zusammen mit den deutschen demokratischen Parteien ihnen entgegenstellen, der Sieg der Demokratie wäre nicht aufzuhalten. Das wollen sie natürlich nicht und anscheinend glauben sie die jetzige Lage dazu auszunutzen zu können, um dem „Baltlandstaat“ eine berartige Verfassung zu sichern, die die Demokratie für immer ausschließt.

Trotz doch die Adelsdeputation scheinbar mit einer fertigen „Verfassung“ in der Tasche im deutschen Reichstag auf, die aber nur ein

Geistesprodukt dieser reaktionären Kreise

sein kann und an deren Zustandekommen das Volk keinen Anteil hatte. Dieses geheime Machwerk soll, wie es scheint, die Macht des Adels für die Zukunft sichern, wobei die Esten und Letten, noch das heilige Volk soll darüber ein Urteil haben. Der Adel hält die Angelegenheit scheinbar für erledigt, wenn er den König von Preußen für seine Pläne gewonnen hat; die Völker glauben er ungeben zu können. Eben darum hat er sich auch den deutschen militärischen Schutz gefordert und glaubt ihn jetzt auch für die Zukunft gesichert zu haben. Auf diesen Schutz pocht, wird er die demokratischen Forderungen der Esten und Letten noch wie vor für revolutionäre Umtriebe erklären und sie in dieser Weise an-

unterdrücken suchen, während der Deutsche Reichstag von vornherein ausgeschlossen ist.

Um die Esten und Letten bei der zaristischen Regierung zu demütigen, bedient sich der baltische Adel gern der deutschen Sozialdemokratie als Sprechmittel.

Auch die lokalsten Wünsche und Bestrebungen der Esten und Letten wurden als von der deutschen Sozialdemokratie eingegeben bezeichnet, auch wenn solche mit der Sozialdemokratie gar nichts zu tun hatten. Es war eine tägliche Formel der baltisch-deutschen Presse, die nationale (d. h. die estnische resp. lettische) Presse vergifte das Volk mit den Lehren August Bebel's und der deutschen Sozialdemokratie. 1905 ging sie soweit, zu behaupten, die ganze russische Revolution wäre mit dem Gelde der deutschen Sozialdemokratie gemacht worden, die lettische Sozialdemokratie sollte nur ein Ableger der deutschen sein. Die führenden Schichten des baltischen Deutschtums

priesen sich glücklich, daß der Zarismus sie vor einer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung schütze, und wenn der Klassenkampf sich dennoch auch im Baltikum

bemerkbar machte, so demütigte man ihn als eine fremde Erscheinung, hervorgerufen durch aus Deutschland im geheimen eingeführte Verleumdungen.

Eine wirksame Stütze fand diese Praxis auch in der baltischen lutherischen Geistlichkeit. Wie verbohrt rückständig diese ist, vermag die Tatsache zu illustrieren, daß z. B. sogar der Professor Garnaq für einen schädlichen Verleumdungsbildner gehalten wird. Theologische Studenten und Pfarramtscandidaten, die z. B. die Vorlesungen Garnaqs gehört und sich zu seinen Anschauungen bekant hatten, erhielten dabei keine Pfarren. Pastor Nauwach, seinerzeit einer der geistigen Führer der litauischen Deutschen, schrieb Schauergeschichten über den religiösen Liberalismus in Deutschland und der Schweiz und pries das Baltikum als einzig geeignetes Land, wo das Gotteswort rein und unversehrt verkündet werde. . . . Der alte Pastor Gahn, der mit der Adelsdeputation in Berlin war, ist allgemein

bekannt als die verkörperte Reaktion. Der Plan des Adels und der mit ihm verknüpften reaktionären Schichten des baltischen Deutschtums geht nun da-

hin, einen Staat zu schaffen, in dem die reaktionäre Sinneseinstimmung dieser Schichten durch staatliche Institutionen nach wie vor konzentriert würde. Die zarischen Kosaken glaubt man durch preußische Gendarmen zu ersetzen, mit deren Hilfe das Volk niedergehalten werden soll. Dieser reaktionäre Staat soll den deutschen Kaiser zum Monarchen erhalten, auf diese Weise hofft man das deutsche Volk durch nationale Vorpostenaktionen über egoistische Ziele zu täuschen.

Schlau und betrogen ist der Plan entworfen, wobei sich die Macher des Erfolges sicher zu sein bedürfen, denn sonst müßte die Furcht aufsteigen, daß das Scheitern desselben mehr bedeuten könnte als die einfache Aufgabe einer Illusion.

Verbindet sich aber der baltische Adel mit der deutschen Reaktion, so werden sich die Völker um so inniger aneinander lehnen, die Demokratien des Baltikums werden sich vertrauensvoll an das deutsche Volk wenden und gemeinsam gegen die Läden der Reaktion ankämpfen. Mit so geeinten Kräften dürfte es gelingen, die Bäume des baltischen Adels nicht bis in den Himmel wachsen zu lassen. —

Was der Krieg bringt.

Rußland gegen England.

Nach einer Meldung der Moskauer Zeitung „Sowboda Rossii“ hat Nischitscherin eine Note an den englischen Botschafter geschickt, in welcher es u. a. heißt:

„Das Arbeitsvolk Russlands und die seinen Willen ausführende Regierung der Arbeiter und Bauern trachten nur danach, in Frieden und Freundschaft mit allen übrigen Völkern zu leben. Keinem einzigen Volke droht das Arbeitsvolk Russlands mit Krieg, und keinerlei Gefahr kann von seiner Seite Großbritannien drohen. Mit uns so großer Engherzigkeit muß die Arbeiter- und Bauern-Regierung Russlands gegen den durch keinerlei aggressive Handlung russischerseits hervorgerufenen Einbruch englischer Gemaffelter Kruppen protestieren, die jedoch erst am Kurman gelandet sind.“

Den Streitkräften der russischen Republik ist der Schutz des Kurman-Gebiets gegen jeden fremdländischen Einbruch anvertraut, und diese Pflicht werden die Sold-Kruppen unabweislich erfüllen und sich nicht ihren Revolutionärschritten zum Schutze des Russlands nachgeben lassen.

Das Volkswort der russischen Republik ist in allererster Linie darauf, daß in Kurman, einer Stadt des nördlichen Russlands, die eine bewaffnete Streitkräfte des Westens über irgendeiner anderen

„Die russische Regierung erwartet, daß die englische Regierung über der russischen Lage Russlands sich nicht in eine Lage gedrängt sieht, die gegen ihren Willen in eine Lage gedrängt wird, die gegen ihren Willen in eine Lage gedrängt wird, die gegen ihren Willen in eine Lage gedrängt wird.“

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Note irgendwelchen Eindruck auf die englischen Machthaber machen wird. Diese Auffassung wird offenbar auch in England selbst geteilt. In einer „Letzten Warnung“ spricht beispielsweise das Institut des geistlich-wissenschaftlichen Sozialismus in Berlin u. a. folgendermaßen:

Die Ereignisse dieser unglückseligen Welt sind eine der größten unglückseligen Ereignisse der Menschheit. Wenn es der allmächtige Herr gesehe, die Welt der Ereignisse zu beenden und eine Regierung zu bilden, die sich aus Engländern und Russen der Ereignisse zusammensetzt, so würde sich unser Vagen auf eine friedliche Aussicht beziehen. Die heutige Weltlage würde alles tun, um dieser Regierung eine gegenrevolutionäre Regierung entgegenzusetzen, die keine direkte Verbindung mit Deutschland unterhalten würde. In diesem Kriegsjahr würden die ehemaligen Verbündeten sich russischen Heeren mit denen Frankreichs gegenübersehen. Die internationalen Arbeiter ihrer können jedoch die Welt nicht retten, jedoch würde ihre aggressive Politik die tragische Situation verschlimmern. Mit dieser neuen Weltordnung in England sprechen die Arbeiter eine jenseitige Hilfe gegen sich selbst.

Die sich die Dinge im Osten nach entwickelt, ist ganz unklar. Aber zweifellos ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu lassen, daß sich einmal Deutsche und Russen gegenüber aneinander gegen Kruppen des Reiches und Kaiserlichen Heeres werden. Die ehemaligen erbitterten Gegner als Kampfgesellen nach während dieses Krieges zu sehen, das hat sich zu Beginn des Weltkrieges auch niemand träumen lassen.

Die Wahlen in Holland.

Am Mittwoch haben in Holland die Wahlen zur zweiten Kammer stattgefunden, und zwar zum erstenmal nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, das im Jahre 1901 durch das 21. Verfassungsgesetz eingeführt ist. Die Wahlen werden nach dem Verhältnisverhältnis mit 1000 Wählern abgehalten.

Das Wahlrecht ist in achtzehn Wahlkreise eingeteilt und in jedem Wahlkreis hat jede Wählergruppe, die mindestens 25 Wähler zählt, eine Stimme. Die Wähler sind in drei Klassen eingeteilt. Die erste Klasse besteht aus den Besitzern von Grundbesitz, die zweite Klasse aus den Besitzern von Gewerbetrieben, die dritte Klasse aus den Arbeitern und Lohnempfängern.

telhundert, glaubt aber, daß diese Erscheinung vorübergehen werde. Das Wahlrecht verhindert durch Bestimmungen über das Mindestmaß an Stimmen, daß die winzigen Parteibildungen zur Vertretung gelangen können. Aber das Recht, Listen aufzustellen, ist, wie gesagt, nur geringfügig beschränkt.

Jede Partei ist befugt, in jedem der 18 Kreise eine besondere Liste aufzustellen; von diesem Recht hat jedoch keine Gebrauch gemacht.

Aus Berichten über die Wahlbewegung erhellt, daß nicht alle Parteien in sämtlichen Wahlkreisen vertreten waren; im Durchschnitt aber stellen doch reichlich 10 Parteien in jedem Kreise Listen auf.

Die Kammer zählt hundert Sitze. Nach den bisher vorliegenden Meldungen werden die Parteien der Rechten (Katholiken und konservative Calvinisten) jetzt eine knappe Mehrheit erhalten. Die Liberalen werden einen erheblichen Verlust zu buchen haben. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (S. D. A. P.), die bisher 15 Mandate in der Kammer zählte, ist auf 22 angewachsen. Die Sozialdemokratische Partei (S. D. P.), die in ihrer letzten Wahlen Unabhängigen entspricht, hat zwei Mandate erzielt und eine dritte sozialistische Gruppe ein Mandat.

Bei den Wahlen wurde zum erstenmal in Holland auch ein weiblicher Abgeordneter, Frau Groeneweg, gewählt.

Wahlrecht und Arbeiterkleidung.

Das Preussische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag in seiner heutigen Sitzung vor der Beratung die wahlrechtsfeindlichen Beschlüsse, die es in der letzten Sitzung zur Verfassungsentwurf geprüft hat, bekämpft. Das Stimmverhältnis war das gleiche wie in der letzten Sitzung. Der Entwurf kann nunmehr an das Herrenhaus gehen.

Die der Beschneidung des Gesetzesentwurfes vorausgegangene Debatte war sehr kurz; es sprach nur Abg. Sträbel von den Unabhängigen, der sich allerdings weniger über die Wahlrechtsfrage als über den Übergang zum Friedensvertrag mit Rumänien äußerte, und Senneker, der nachmals auf unsere grundsätzliche Stellung zur Wahlreform hinwies und eine schnelle Erleichterung der Lage forderte. Frau erklärte, daß seine Freunde mit der geltend gemachten Ansicht des Senneker, daß die Regierung unüberwindlich zur Aufhebung des Abgeordnetenhausgesetzes steht. Er ging dann weiter auf die Art und Weise ein, wie man verfahren hat, im Sinne sogenannter Arbeiterkammern zu verfahren. Man habe den Entwurf zu erlassen, als ob die Arbeiter nicht existierten, aber man möge denartige Maßnahmen nicht erlassen, denn es handle sich um den Unterdruckung von gewöhnlichen Bürgern. Das Abgeordnetenhaus habe das Gesetz des Senneker nicht angesetzt, weil man möge die Stimmung im Volk nicht verwechseln. Der Krieg ist noch nicht zu Ende, man möge es nicht zur Katastrophe machen.

Gestern erhielt das Haus seine Zustimmung zu dem Antrag des Staatsministeriums auf Verlegung des Wahlrechts. Die Verlegung umfaßt die Zeit vom 12. Juli bis 21. September mit der Maßgabe, daß während dieser Zeit die Verfassungsausschüsse des Herrenhauses das Recht hat, zu entscheiden. Das Abgeordnetenhaus selbst wird aber nicht erst Mitte Oktober zusammenkommen.

Von den übrigen Gegenständen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, verdient besonders Erwähnung der Antrag des Abgeordneten Senneker (Hann.) über die Handhabung der Gewerbesteuer und der Gewerbesteuer. Im Gegensatz zu den Wünschen der bürgerlichen Parteien, die die Zulassung der Gewerbetreibenden nach einer strengen Prüfung über die Zulassung der Gewerbetreibenden zum Handwerk forderten, wies sich Senneker für die Zulassung der Zulassung an, für die die Gewerbetreibenden befreit sind. Er sagte aus:

„Gegen Staatsministerium, den der kaiserliche Reichsrat, Abg. Senneker, bekämpft hat, haben wir überhaupt nicht. Er ist ein sehr schmerzhaftes und ein sehr schmerzhaftes. Ich habe mich sehr schmerzhaft über die gewöhnlichen Beschwerden der kleinen Leute, und das in einer Zeit, wo Deutschland.“

wendige Kriegsmaßnahmen darf man nicht auf Freiwilligkeit begründen, sondern müssen Zwangsmaßnahmen sein. Die Reichsbekleidungsstelle hätte die erforderlichen Arbeitsanzüge zwangsweise von denjenigen einzuziehen sollen, die zuviel Anzüge haben. Unmittelbar vor Einführung der Bezugsheime wurden riesige Mengen Kleider und Stoffe gehamstert.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) Da müßte hineingegriffen werden. Das größte aber ist, daß hier ausgeführt wurde, mit der Vergabe aller Kleidungsstücke wurde der Patriotismus bei den reichen Leuten verlorengehen und sie würden keine Kriegsanleihe mehr zeichnen. Dabei verlangt die Reichsbekleidungsstelle nur die Vergabe aus dem Ueberfluß. Was sollen denn da die armen Leute sagen, die keine Kartoffeln haben, die kaum leben können, was sollen die Frauen sagen, deren Männer in der Kriegsindustrie nicht mehr genug verdienen, die auf das Land hinausgehen um Kartoffeln, denen die Gendarmen die Kartoffeln wegnehmen und die dann noch vor Gericht für jedes Pfund 10 Mark Geldstrafe bekommen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was in der Ernährungsfrage den Arbeitern gegenüber geschieht, ist viel schlimmer, als wenn die Reichsbekleidungsstelle die Ablieferung eines gestellten Anzuges verlangt. Die Angaben über die hohen Verdienste der Arbeiter dienen vielfach lediglich der Verhöhnung des Volkes. Es ist gar keine Rede davon, daß der zusammengebrochene Mittelstand herangezogen würde, sondern nur die mit Kleidung reich ausgestatteten sollen Anzüge abliefern. Die Anzüge müssen unter allen Umständen beschafft werden, denn

Arbeiter, die keine Kleidung haben, können nicht arbeiten. Wird also die Summe nicht erreicht, so bleibt nichts anderes übrig, als zu requirieren. Für einen großen Fehler halte ich, daß man denjenigen, die einen überflüssigen Anzug abgegeben und dadurch eine ganze Anzahl überflüssiger Anzüge haben, von vornherein die Befreiung von der Bestandsaufnahme zugestanden hat. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Auf keinen Fall dürfen die Bekleidungsstellen mit der Umarmung und dem Verkauf der Kleider Geschäfte machen. Auch darf der freie Handel bei der Veräußerung der Kleidungsstücke nicht zugelassen werden. Eine

abschließliche künstliche Verteilung der notwendigen Kleidungsstücke für die Arbeiter durch die Reichsbekleidungsstelle würde Folgen haben, die wohl keiner von uns wünscht. Deshalb sollte die Reichsbekleidungsstelle den Fortschritt mancher Handelstamnen keine Rechnung tragen. Im Laufe der vier Kriegsjahre hat sich ein gewaltiger Umschwung vollzogen. Zuerst war alles begeistert, und jetzt erregt man sich darüber, daß nur das Entbehrliche verlangt wird. Jetzt hat man sogar die Angaben von alten Kleidern in Verbindung gebracht mit der Rede des Staatssekretärs von Kühlmann, jetzt ist es auf einmal eine hochpolitische Angelegenheit. Sie (nach rechts) möchten ja am liebsten, daß auch der Staatssekretär Kühlmann in einer Arbeiterkammer abgeliefert wird. (Heiterkeit.) Der wahren Stimmung des Volkes hat gestern im Reichstag Scheidemann Ausdruck verliehen. Würden wir so handeln wie die Alldeutschen und die Anhänger der Vaterlandspartei, dann würde man uns als Vaterlandsverräter bezeichnen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Sie aber seien ruhig den Leuten, die entbehrliche Kleidungsstücke haben, aufzufallen zu lassen.

verpflichtet einen Kleiderhändler! Ja, ist denn das etwas anderes als die Aufforderung an die Arbeiter, die Arbeit einzustellen, weil sie nichts mehr anzuziehen haben? Die Ihre Aufforderung, an die Arbeiter nichts abzugeben, wirkt, ist Ihnen sehr unklar ganz gleichgültig. Ich hoffe aber doch, daß die Verurteilung eintritt. Wir werden uns Ihre Reden merken und werden sie prüfen haben, ob das, was die Arbeiter tun, jemals auf derselben Linie liegt, wie Ihre Aufforderungen, auf der Linie, die zum Vaterlandsverräter führt. (Bravo h. d. Soz.)

Nach kurzer weiterer Debatte wurde der Antrag des Abgeordneten Senneker in Verbindung mit einem von dem Unabhängigen Paul Hoffmann gestellten Antrag, wonach von der Ablieferungspflicht alle ausgeschlossen bleiben sollen, deren Einkommen unter 7000 Mark beträgt.

Ein Antrag Liebetow (unl.) auf Zulassung von Schulwebern an die kleinen Schuhmacherverseine, die den Jahresumsatz von 3000 Mark nicht erzielt haben, wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Ein Antrag Petitionen wird erledigt und dann das Abgeordnetenhaus bis zum Herbst vertagt. —

Nationalliberale und Wahlrecht.

Der Reichstags der nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen war am 1. und 2. Juli in Magdeburg, so berichtet die „Magd. Ztg.“, in neuen Besprechungen eingetreten über mehrere, durch den Verlauf der Wahlrechtsreform für die Partei von besonderer Bedeutung gemordene Fragen. Die Lage der Angelegenheit der Zeit gut besuchte Sitzung wurde von dem Provinzialparlamentarier, Herrn C. Soldmar Barck (Magdeburg), mit einem kurzen Überblick über die politische Lage eröffnet und dann sofort in die Erörterung der Hauptfrage eingetreten, wie sich die Partei zu der neuen Wahlrechtsvorlage zu verhalten habe. In der ersten einstimmigen Besprechung stellte sich als ein-

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 156

Magdeburg, Sonnabend den 6. Juli 1918.

29. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

183. Sitzung.

Berlin, 4. Juli, nachm. 2 Uhr.

Vorstandsvorsitz: Von Kühlmann.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des rumänischen Friedensvertrags.

Oberst von Franke ergäntzt seine gestrigen Mitteilungen über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien. Abg. Roske (Soz.): Dem Abg. Dr. Thoma waren wohl die ausführlichen Kommissionsverhandlungen über die deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien nicht bekannt, sonst hätte er seine eifrige Rede nicht halten können. Ich kann mir wegen der Kommissionsverhandlungen ein Eingehen auf diese Fragen hier erlauben. — Der rumänische Friedensvertrag auferlegt den Rumänen einwillige harte Bedingungen. Aber die Männer, die jetzt Rumaniens Schicksal leiten, hoffen, durch diese Verträge ihr Volk zu Glück und Wohlstand führen zu können. Das rumänische Parlament hat den Friedensvertrag mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Deshalb stimmen auch wir trotz mancher Bedenken in der unzufriedenem gelösten Dobrußafrage und gegen die Grenzkorrekturen dem Vertrag zu. Wir verkennen seine Härten nicht; aber wir können es nicht verantworten, deswegen den Friedensvertrag abzulehnen und Gefahr zu laufen, daß wieder der Kriegszustand eintritt. Man darf auch schließlich nicht vergessen, mit welcher Frevllichkeit Rumänien in den Krieg eingetreten ist. Damals hat es alte Verträge gebrochen, das vorausbezahlte Geld behalten, die zugesagten Waren — Brot und Petroleum — nicht geliefert, eine ganze Menge deutscher Eisenbahnwagen und Schiffe zurückgehalten. Selbstverständlich muß es diesen Schaden jetzt wieder gutmachen. Das deutsche Volk denkt gar nicht daran, noch eine besondere Geldprämie für den Bruch von Bündnisverträgen zu zahlen. Rumänien muß zurückgeben, was es uns unter jähem Vertragsbruch gestohlen hat. (Zustimmung.) Es muß darüber hinaus eine ganze Anzahl Verpflichtungen auf sich nehmen, und die Meinungen darüber sind geteilt, ob wir ihnen zum Teil zuzustimmen oder ob noch mehr gefordert werden sollen. Widerspruch ist erhoben worden gegen die Verpflichtung Rumaniens, den Juden die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu geben. Darin liegt zweifellos eine Einmischung, aber Rumänien hatte sich bereits im Berliner Vertrag von 1878 dazu verpflichtet. Wir würden es durchaus begreifen, wenn die Rumänen ihren König zum Tausch jagen; aber der deutsche Soldat soll den Rumänen einen König wieder nehmen noch bringen. (Sehr gut!) Eine neue Dynastie könnte uns gar nichts nützen. Sie wäre anfangs eine Belastung für uns, für später keine Sicherheit, wie die Erfahrungen mit der Hohenzollern-Dynastie ja gezeigt haben.

Das Hauptgewicht legen wir auf die wirtschaftlichen Abmachungen. Wir haben wiederholt gefordert, daß das Petroleum-Abkommen nicht einzelne Punkte bereichert, sondern daß eine ausreichende Gewinnbeteiligung des Reiches unter allen Umständen gesichert wird. Das Recht auf fortdauernde Requirierung von Lebensmitteln betrachten wir als eine wirtschaftliche Sicherheitsmaßregel gegen die Erdrosselungsabsichten der Entente. Man mag deren Drohungen für übertrieben halten, mag glauben, daß sie sie selbst beim besten Willen nicht durchführen kann, aber es wäre ein Fehler, wenn man die Gefahr nicht ernst nimmt. (Sehr wahr!) Diese Abmachungen sind also eine Art Notwehr, die wir durchaus vertreten können. Die Rumänen zu zahlenden Preise sind übrigens jetzt außerordentlich hoch, nach dem Kriege gelten die Weltmarktpreise.

Wir werden also den Verträgen unsere Zustimmung erteilen. Ihre dauernde Wirkung wird abhängen von dem großen allgemeinen Friedensschluß. Wenn es gelingt eine weitgehende Verständigung der Völker herbeizuführen, können wir dann auf alle wirtschaftlichen Sonderrechte rennen verzichten. Die deutsche Sozialdemokratie wird es nie daran fehlen lassen, auf die notwendige Völkerverständigung hinzuwirken, damit harte Friedensverträge dann nicht mehr notwendig sind. (Bravo! h. d. Soz.)

Abg. Göttsche (Fortfchr. Sp.) warnt vor Überhöhung des Petroleumabkommens. Es wäre ganz verfehrt, daraus Nutzen zu erwarten. Nach Wiederkehr normaler Verhältnisse werden wir unsern Bedarf an mineralischen Ölen besser wieder aus Amerika decken. Der Redner polemisiert gegen die abfälligen Äußerungen des Grafen Frachma über

die rumänischen Juden. Ein Volk, das so entrechtet war und so gelitten hat, kann keine große Unabhängigkeit an sein Land haben. Die deutsche Zurückhaltung in der rumänischen Judenfrage kann nicht getadelt werden, da Marzilloni die Absichten zweifellos ehrlich durchzuführen wird. Redner schließt mit der Hoffnung, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Rumänien wiederkehren und daß die deutsche Regierung bald weitere Friedensverträge abschließen möge, die Deutschlands Wirtschaft ebenso sichern.

Abg. Alpers (Welfe): Das empörte deutsche Gerechtigkeitsgefühl hat in diesen Verträgen keine Befriedigung gefunden. Auch die Interessen der deutschen Kolonisten in Bessarabien sind nicht gesichert. Die deutschen Vertretungen in Moskau und Kiew haben für diese Auslandsdeutschen kaum platonisches Wohlwollen. Wir brauchen eine geschlossene deutsche Kolonie am Schwarzen Meer oder an der Donaumündung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gohs (Unabh. Soz.) greift einige Bestimmungen des Friedensvertrags mit Rumänien an, da sie verkappte Kontributionen darstellen. Auch die Rechtsstellung der Juden ist in dem Vertrag nicht in genügender Weise gesichert. Diesen Friedensvertrag lehnen wir ab, er ist nicht ein Akt der Notwehr, wie Abg. Roske es darstellte, sondern verhängt über uns unberechtigter Raub. (Präsident Herzog rügt diesen Ausdruck als unzulässig.) Unser Auswärtiges Amt treibt nicht selbständig Politik, sondern fügt sich dem Druck des Militärs. Ein kleiner neutraler Staat wie Luxemburg wird verweigert, im Osten rücken unsere Truppen trotz des Friedensschlusses weiter vor. Unser Ziel ist offen in einem Artikel von Zimmermann in der „Vossischen Zeitung“ dargelegt worden, weil wir selbst im Falle des Sieges im Westen England und Amerika nicht zwingen können, uns Rohstoffe zu liefern, müssen wir die Rohstofflieferanten im Osten bis in die Provinzen hin wirtschaftlich beherrschen. (Zuruf rechts: Sehr vernünftig!) Wir beurteilen diese Gemaktpolitik, die Rußland gegenüber trotz des Friedensschlusses fortgesetzt wird. Sie steigert immer von neuem das Mißtrauen in die Friedlichkeit und Ehrlichkeit der deutschen Politik. Der eigentliche Feind der Völker ist der Militarismus; ihn muß jedes Volk bei sich, ihn müssen wir bei uns überwinden. (Beifall h. d. Unabh. Soz.)

Staatssekretär von Kühlmann: Ueber die Demarkationslinien im Osten stehen wir in Verhandlungen; wir suchen diese Fragen schiedlich zu lösen. Ueber den Feldzug nach Indien, der nach dem Vordräng sehr verheißungsvoll für unsere Fleischversorgung wäre, muß ich bemerken, daß er keinen Teil unserer auswärtigen Politik bildet. (Heiterkeit.)

Abg. Gaase (Unabh. Soz.): Unser Parteigenosse Minister ist widerrechtlich, obwohl er sich noch auf holländischem Gebiet befand, von einer deutschen Grenztruppe festgenommen worden und wird widerrechtlich festgehalten. Es sind deutsche Agenten an ihn herangetreten, um ihm Unterstützung für die von ihm in Holland herausgegebene revolutionäre Zeitschrift „Der Kampf“ und ihre Verbreitung in Deutschland anzubieten. (Hört, hört! h. d. Unabh. Sozialdemokraten.) Es besteht die Vermutung, daß gegen ihn vorgegangen ist, weil er auf diese unfaubere Machenschaften nicht eingegangen ist. Einen Rechtsbehelf zu nehmen, hat man dem Minister verweigert, angeblich weil er Amerikaner ist; gleichzeitig aber vermahnt man ihn, sich an die amerikanischen Behörden in Bern zu wenden, weil seine amerikanische Staatszugehörigkeit nicht festgestellt ist. Das ist doch ein unglaubliches Vorgehen. Wir protestieren gegen diese Methoden. (Beifall h. d. Unabh. Sozialdemokraten.)

Die Aussprache schließt. Der Etat des Auswärtigen Amtes wird angenommen, desgleichen der Friedensvertrag mit Rumänien mit den Zusatzverträgen.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Abg. Gähle (Vpl.) bittet um Unterstützung des Deutschen Auslandsmuseums in Stuttgart.

Abg. Gaase (Unabh. Soz.) führt Beschwerde, daß die „Leipziger Volkszeitung“ seit 4 Wochen bereits unter Vorzensur stehe. Das stellvertretende Generalkommando des 19. Armee-Korps richtet sich in keiner Weise nach den Beschlüssen des Reichstags und den Zusagen, die die Regierung dem Reichstag gemacht hat.

Staatssekretär des Reichsamts des Innern Wallraf: Das deutsche Auslandsmuseum in Stuttgart untersteht dem Reichswirtschaftsamt; ich will die Anregung des Abg. Gähle dort gern empfangen. Dem Abg. Gaase bemerke ich, daß ein auch hier im Hause bekannter Sozialdemokrat in einer Versammlung ge-

sagt hat: Wenn unsere französischen Genossen Ausführungen machen würden, wie wir sie gehört haben, kämen sie überhaupt nicht mehr aus dem Gefängnis heraus. (Zuruf h. d. Unabh. Soz. Wer hat das gesagt?)

Der Etat wird bewilligt. Dem Etat des Reichswirtschaftsamts führt Abg. Bell (Ztr.) aus, die Generalkommandos möchten sich nicht mit der Regelung von Mietleistungen beschäftigen, beratende Dinge müßten ihrer Zuständigkeit entzogen werden. Bei den Verordnungen über Kleiderabnahme müsse man sich vor jeder Schablonisierung hüten. Der Redner begründet dann eine Resolution, die verlangt, die Durchführung der Beschlagnahme der Sparmetalle auszuführen, bis die Sparmetalle besonders Türklinen und Fenstergriffe aus allen öffentlichen Gebäuden abgeliefert sind und bis für Ersatz und spätere kostenfreie Wiederherstellung des jetzigen Zustandes gesorgt ist.

Abg. Nießer (natl.) bittet, den deutschen Nordseebädern zu helfen. In der Übergangswirtschaft muß dem freien Handel wieder weiter Spielraum eingeräumt werden.

Ein Regierungsvorredner sucht die vom Abgeordneten Nießer angegriffene Verordnung über die Regelung der Textilindustrie zu rechtfertigen.

Abg. Arendt (D. F.): Die gesamte Bevölkerung, die industrielle sowohl wie die landwirtschaftliche wünscht im Frieden so bald als möglich aus der Zwangsorganisation herauszukommen. Des weitern tritt der Redner für einen Schutz der Hausbesitzer gegen Verfügungen des Generalkommandos ein.

Oberst Roeth sagt zu, daß die öffentlichen Gebäude im Sinne des Antrags Arendt-Bell zu der Befreiung der Sparmetalle herangezogen werden sollen. Den Hausbesitzern soll durch die Beschlagnahme der Tür- und Fensterklinen kein Schaden entstehen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Die Verordnung über die Textilindustrie fällt nicht unter das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914. Die Regierung hätte sich wegen dieser Frage mit dem Reichstag ins Benehmen setzen müssen.

Abg. Dove (Vpl.) schließt sich dieser Auffassung an.

Abg. Roske (Soz.) stimmt der Auffassung der Vorredner zu. Für die Übergangszeit soll ein neues Ermächtigungsgesetz unbedingt notwendig sein.

Die weiteren Verhandlungen ziehen sich bis in die späten Abendstunden hin. Fortsetzung der Debatte am Freitag.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 5. Juli 1918.

Zur Preisfestsetzung für Obst und Gemüse.

Die Provinzialstelle für Obst und Gemüse in Magdeburg, das thüringische Ernährungsamt in Weimar, die Landesstelle für Gemüse und Obst in Jena und die gleiche Landesstelle für das Königreich Sachsen in Dresden haben in den letzten Wochen ein Uebereinkommen dahin getroffen, eine einheitliche Preiskommission für Obst und Gemüse zu bilden, die die Preisbildung in den verschiedenen Gebieten zu steuern hat. Den Anlaß gab vor allem das Vorhaben der Provinzialstelle für Obst und Gemüse in Weimar, die Preisbildung für Obst und Gemüse in den verschiedenen Gebieten zu vereinheitlichen und die Preisbildung von Gemüse für Weimar und Umgebung zu endgültig festzusetzen. Die Provinzialstelle für Obst und Gemüse in Magdeburg ist im allgemeinen mit diesen Vorschlägen der Preiskommission einverstanden. Die Sitzungen finden in Jena statt, die Sitzungen abwechselnd in Leipzig und Halle a. d. S. statt; die Einladungen erläßt immer die Provinzialstelle in Magdeburg. Der Kommission gehören 20 Personen an, darunter befinden sich 11 Mitglieder und 9 Vertreter der Gemeinden und zwei Arbeitervertreter. Die Sitzungen der Preisfestsetzungs-Kommission finden in Weimar und der Gewerkschaftssekretär Otto Fischer in Dessau, beide Mitglieder der sozialdemokratischen Partei.

Diese Zusammenfassung der Preiskommission zeigt schon, daß es sehr schwer ist, in ihr die Interessen der Konsumenten zu vertreten. Haben doch die Erzeuger schon die zahlenmäßige Ueberlegenheit. Es ist da kein Wunder, wenn recht hohe Höchstpreise zustande kommen. Dazu kommt weiter, daß die Höchstpreise häufig überhaupt im Handel nicht eingehalten werden. So wurde der Großhandelspreis von der

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thieme. (42. Fortsetzung.)

Margarete weinte und betete und rang die Hände. Sie verzweifelte an seiner Genesung. „Er wird die Nacht nicht überleben.“ dachte sie und schlich sich bitterlich. Sie hatte ihn schon so lieb gewonnen, den armen jungen Mann, der gewiß aus weiter Ferne kam, denn manchmal redete er stundenlang in einer fremden Sprache, von der sie kein Wort verstand. Sie mutmaßte aber, es werde wohl Schwedisch sein. Ob er noch Eltern und Geschwister hatte, die ihn beweinen würden? Vielleicht eine Mutter, die sehnsüchtig auf Nachricht von ihm wartete und niemals erfahren würde, wo er geblieben sei und begraben liege? Oder vielleicht besaß er ein junges Weib oder eine Geliebte. Margarete erröte jedesmal, wenn sie sich auf dieser Frage erkundigte. Einen Ehring trug er allerdings nicht, nur einen schlichten Eisenring, aber bei einem Soldaten war dieser Umstand nicht allein maßgebend.

Erst nach Mitternacht ward er wieder lebendig. Er schrie aus allen seinen Poren, ein tiefer Schrei, der an Bewußtlosigkeit freiste, lähmte alle seine Sinne.

„Nun beruhet es gewiß.“ sagte Margarete und betete weinend.

Aber er starb nicht. Spät am nächsten Morgen erwachte er wieder, seit vielen Tagen zum erstenmal blinzelte seine Augen klar und groß auf sie hin und mit lebhafter Stimme flüsterte er:

„Was ist mit mir? Bin ich krank gewesen?“

Der Herr liegen schon seit vielen Tagen hier im Hause, erwiderte Margarete frohlockend.

„Euer Herr erwachte endlich.“ Er sprach und eine glänzende Part am Leben vorbeiging.“

Der Kranke legte die abgelegte, beschmutzte Hand wegschreitend an die Stirn.

„Mir ist's kalt so — ich — kann nicht schlafen nicht kommen.“

„Ihr seid zu schwach, denkt an nichts, Herr. Ruht und nehmt lieber eine kleine Stärkung zu Euch.“ Sie bot ihm Fleischbissen und ein Schlüßchen von seinem Wein, von dem noch ein Rest in der Flasche war. Nicht einen Tropfen hatte sie selber davon geschmeckt.

„Ja, gebt mir — ich bin hungrig.“

Er nahm einige Löffel Bräbe, nippte von dem Wein und sank wieder erschöpft zurück. Erst nach einigen Stunden fand er sich so weit gesammelt, daß er sie, die eben aus dem Bette zurückkehrte, mit leiser Stimme zu sich herrief.

„Ich habe mir alles überlegt.“ hauchte er leise. „Ihr seid meine Ketterin, ohne Dich, Du Engel, wäre ich gestorben. Wie ist Euer Name?“

„Margarete.“

„Ich habe noch nie jemand bei Euch gesehen. Seid Ihr denn allein hier?“

„Ganz allein, Herr.“

„Ganz allein — und Ihr habt mich allein — aus dem Stalle, wohin ich mich geschleppt.“

„Hierher getragen? Ja, Herr — Ihr habt mich freilich selber ein bißchen dabei unterstützt, sonst hätte ich's wohl kaum vermocht.“

„Danke, dank Euch. Habt Ihr keine Eltern mehr?“

„Niemand mehr, Herr.“

„O, erzählt mir, wer Ihr seid, wie Ihr hierherkommt.“

Sie erzählte ihm kurz ihre Geschichte. Er schien sich heute viel wohler zu fühlen und hörte ihr aufmerksam zu. Bei der Erwähnung des Todes ihres Vaters und ihrer eigenen Gefährdung versuchte er, die Faust zu ballen.

„Ja, so sind sie — ich schäme mich meiner Landeskente. O großer Gustav Adolf, was ist aus ihnen geworden!“

Damit schwieg er und barg den Kopf unter der Decke. Margarete schaffte nun ihr Leubbett wieder nach oben.

„Ich habe einen leisen Schlaf.“ sagte sie zu ihm. „Ihr braucht nur zu ruhen, wenn Ihr etwas bedürft.“

Abends bereitete sie ihm eine Mehlsuppe, von der er gierig eine Anzahl Löffel einsog. Diese Nacht verlief ruhig. Am andern Morgen fand sie ihn noch besser als am Tage vorher.

„Ich glaube, Herr, Eure starke Natur hat gesiegt. Wenige andre Menschen hätten der rasenden Blut dieses Fiebers widerstanden.“

„Das danke ich Eurer treuen Pflege, Margarete.“ flüsterte er. „Erzählt mir, wie Ihr hier lebt und wozu Ihr uns ernährt habt.“

„Wah! wußte er alles und war ganz verwundert ob ihrer Klugheit und Kühnheit. Im Anschluß an ihre Darstellung gab er auch ein kurze, vielfach von Ermattungsanfällen unterbrochene Schilderung seines eignen Schicksals. Margarete kam ihm, um ihm jede Anstrengung zu ersparen, mit Fragen und Redensarten zu Hilfe.“

„Ihr seid ein Schwede, Herr?“

„Ja, Margarete.“

„Soldat natürlich?“

„Ja aber — seid verständig — keiner von denen — denen — die —“

„Ihr versteht Euch schon. Das habe ich gleich gesehen, Herr.“

„Arne Daffon heiß ich —“

„Das habe ich gleich gesehen, Herr Daffon.“

„Es gibt überall schlechte und gute Menschen, Margarete.“

„Ich weiß, Herr.“

„Glaubt mir, nicht rohe Gelüste trieben mich in den Krieg. Ich war begeistert für den Glauben, Margarete — o, wie bin ich enttäuscht worden!“

„Warum, Herr?“

„Weil die Verteidigung des Glaubens das Letzte ist, an was die meisten Soldaten und Führer denken. Der gemeine Soldat will nur Beute machen, und der Befehlshaber tut's ihm noch zuvor.“

(Fortsetzung folgt.)

Strümpfe

Damen-Strümpfe	flor. durchbr., mod. Farben	Paar	2.75
Damen-Strümpfe	flor. durchbrochen, schwarz	Paar	3.95
Damen-Strümpfe	flor. durchbrochen, schwarz	Paar	4.25
Damen-Strümpfe	Sedenslor, schwarz, durchbroch. Fußblatt	Paar	5.45
Damen-Strümpfe	Sedenslor, durchbr., schwarz	Paar	7.50
Damen-Strümpfe	reine Seide, schwarz, Florrand und Spitze	Paar	16.50
Herren-Socken	Baumwolle, farbig geringelt	Paar	85 J
Herren-Socken	Baumwolle, schwarz mit farbigen Ringeln	Paar	1.35
Herren-Socken	wasserscheu	Paar	1.45
Herren-Socken	prima Wata, mit Patentnäse	Paar	2.25



Handschuhe

Damen-Handschuhe	Seidenart, schwarz, weiß	Paar	2.95	1.85
Damen-Handschuhe	Seidenart, *lang, schwarz, weiß, farbig	Paar	3.25	
Damen-Handschuhe	reine Seide, schwarz, weiß, farbig	Paar	5.75	
Damen-Handschuhe	reine Seide, *lang, schwarz, weiß, farbig	Paar	6.75	

Steinzeugtöpfe

	Inhalt 5 Str.	10 Str.	15 Str.	20 Str.	
	3.00	6.00	9.00	12.00	
	Inhalt 30 Str.	40 Str.	50 Str.	60 Str.	
	18.00	24.00	30.00	36.00	
Eintopfgefäß mit Ring, enge Form	mit Ring, enge Form	2.00	1.89	1.60	1.40
Weite Form, mit Ring	mit Ring	2.50	2.15	2.00	1.85
Steinpfanne mit Ring u. Bügel	mit Ring u. Bügel	3.55	3.10	2.80	2.50
Eintopfapparate	kompl. mit Thermometer	30.00	19.65		
Universal-Eintopf- und Gemüsebüchse		12.65			
Ballontafeln grün gefirnischt		6.25	4.85	3.25	bis 2.35
Gazefläche		36.50	34.25	29.25	

Ohne Seifenkarte

Seifenpulver	Paar	1.00
Seifenpulver	Paar	25 J
Seifenpulver, extra	Paar	55 J
Seifenpulver, rote Packung	Paar	30 J
Seifenpulver, extra	Paar	50 J
Große Seife Schmierseife	Paar	1.50
Scherseife	Paar	45 J

R.-H.-Seife und R.-H.-Seifenpulver vorrätig

Seifenpulver	Paar	1.50	68 J
Seifenpulver	Paar	45	29 J
Seifenpulver, prima Qualität	Paar	6.75	
Seifenpulver, feine Ware	Paar	10 J	
Seifenpulver	Paar	10 J	
Seifenpulver (fein geschmitten)	Paar	60	40 J
Seifenpulver	Paar	1.00	
Seifenpulver mit kleinen Seifen	Paar	95 J	
Seifenpulver	Paar	70 J	
Seifenpulver	Paar	2.95	
Seifenpulver	Paar	1.65	
Seifenpulver	Paar	2.95	

Zigarren

Zigarillos	10 Stk	1.60		
Hamburger Handmacher	10 Stk	3.80		
Hamburger Fehlfarben	10 Stk	4.80		
v. Molise	10 Stk	5.00	50 Stk	25.00
Flor de St. Felix	10 Stk	5.50	100 Stk	55.00
Luisella (Sandblatt)	10 Stk	6.50	50 Stk	32.50
Lotario	10 Stk	6.50	50 Stk	32.50
Landeskrone	10 Stk	7.00	50 Stk	35.00
Spezialmarke	10 Stk	7.50	50 Stk	37.50
Ernst Merck	10 Stk	8.00	50 Stk	40.00
Athena	10 Stk	9.00	50 Stk	45.00
Enonia	10 Stk	9.50	50 Stk	47.50
Schlosserei	10 Stk	10.00	50 Stk	50.00

Schwarze Samtgürtel	Paar	2.85
Weisse Glaslebergürtel	Paar	3.00
Taschenschlüssel, zum Ausfuchen	Paar	95 J
Wachstafeln, echt Silber	Paar	1.65
Wachstafeln, echt Silber	Paar	18.00 bis 7.50
Wachstafeln, echt Silber	Paar	16.00 bis 2.75
Herrenuhr mit Sekundenzeiger	Paar	13.25
Taschenuhren, verfilbert	Paar	6.00
Wachstafeln mit gutem Werk	Paar	12.50
Wachstafeln, Leder, zum Ausfuchen	Paar	8.75
Wachstafeln, ca. 24 Stunden warmhalten, 1/2 Liter	Paar	7.75
Wachstafeln, Kunstleder, verschließbar	Paar	11.50
Verlängerungstafeln, Wachstafeln	Paar	5.00
Wachstafeln, verschließbar	Paar	15.50
Wachstafeln, verschließbar	Paar	1.25
Wachstafeln, haltbar	Paar	2.45
Wachstafeln, Wachstafeln, verstärkte Seiten	Paar	8.50

Regenschirme

Regenschirme für Damen	37.50	31.00	29.50	22.50
Regenschirme für Herren	48.50	39.50	37.50	18.50

Polster, mit und ohne Polster	Paar	51.00	49.50	45.00	39.50
Polster, 3-fach, elegant gepolstert	Paar	69.00	62.50	54.50	52.50
Polster, 2-fach, elegant	Paar	96.00	72.50	69.50	65.00
Polster, 2-fach, elegant	Paar	12.50	10.95	9.85	8.95
Polster, 2-fach, elegant	Paar	4.25	3.75	3.55	3.35
Polster, 2-fach, elegant	Paar	10.00	9.50	9.00	8.50

Lüchdecken, rot und grau, mit Spitze	Paar	22.50	17.50	14.50	10.50
Dünnedecken, hüpfige Qualität	Paar	110.00	98.00	93.00	65.00
Seidenstoffe	Paar	5.25	3.25	2.65	2.25
Seidenstoffe	Paar	7.50	4.95	3.95	2.35
Seidenstoffe	Paar	9.50	7.50	6.95	4.50
Seidenstoffe	Paar	6.75			
Seidenstoffe	Paar	73.00	75.00	52.00	

Holz-Sandalen	Paar	27 bis 30	5.15	31 bis 35	5.80
Holz-Sohlen zum Selbstanfertigen von Sandalen	Paar		2.00	1.95	1.90
Metall-Sohlenhölzer	Paar	75 J	39 J	28 J	
Pantoffel für Damen	Paar	5.40	5.15	4.75	3.25
Pantoffel für Herren	Paar	6.45	5.90	5.15	
Sinder-Stiefel	Paar	27 bis 30	13.70	31 bis 35	13.15

Frauenhaar
zu neuen festesten Stoffen
Amo Leuk, Bäckerstraße 1

Treff?
Erster Automat
1786
Deutsches Kaffee
8-11 Uhr Künstler-Konzert.

Kriegswohlfahrts-Spiele
täglich abends 7 1/2 Uhr im
Zirkus Blumenfeld.
Glänzendes Varieté-Programm.
Nur absolute Neuheiten für Magdeburg.
Sonntags 2 Vorstellungen
abends 4 u. 7 1/2 Uhr. Preise siehe Plakate.
Vorverkauf: Warenhaus Gebr. Barasch und Zirkus-Verkauf, Kassenvon 10 bis 1 Uhr und ab 5 Uhr.
Der gesamte Erlös trägt dazu bei, die Kosten der Ludendorff-Spende und der Deutschen Stiftung für kriegsbeschädigte Künstler zu decken.

Rechtsberrn Referendar a. D.
Lehmann, Große Mühlstraße 5, Magdeburg
Spezial: 9-1, 2-3 Uhr.

Handkoffer- und Kofferwagen
in allen Größen. 120 Stück nach Maß.
Hannover, Johannisberg 15 a.

Stephanshallen
Direktor: Rich. Freyberg
Täglich abends 7 Uhr
Sonntags ab 3 Uhr nachm.
Erstklassige Varieté-1751
Vorstellung!

Alle Familien und Bekannte werden hiermit
bekannt, daß wir das
Waisenhaus am Markt, Magdeburg
übernehmen haben.
Gottfried Schmidt und Frau.

Zombild-Theater Buckau
94b Schleichbacher Straße 94b
Schauspiel in 4 Akten von Arthur Tenber
Regie: Theodor Loos
Die große Kunst des
Waisenhaus
Regie: Theodor Loos
In der Hauptrolle: Emma Dorschner

**ZENTRAL-
THEATER.**
Großer Erfolg
der herrlichen Aufführung der Operette
Nanon
Beginn 7 Uhr
Sonntags 3 1/2 u. 7 Uhr

Große Verkauf
in alle Größen, billig und leicht
Bohle-Blasen 20.50
in alle Größen
Bohle-Blasen 31.50
in alle Größen
modern. Blasen, Kläden
Roströhen, Kläden etc.
in alle Größen und nach Maß
Sieverlings
Eingangstraße 17

Palast-Theater Burg
Schauspiel von G. M. S. S.
Henny Porten
in der Rolle der Jenny Porten
Agnes Arnan und ihre drei Freier
in der Rolle der Agnes Arnan
Pläne sein gewaltigen Flottenbau
in der Rolle des Flottenbauers
Der Jubiläumstag
in der Rolle des Jubiläumstages
Sonntags abends 7 Uhr
Die Sitzung. Otto Schöndorfer